

Rahmenvereinbarung BIKV

zwischen

dem Landkreis Regen, Poschetsrieder Str. 16, 94209 Regen (Auftraggeber - AG)

und

dem **Bieter**, der im Vergabeverfahren den Zuschlag erhalten hat (Auftragnehmer – AN)

Präambel

An der Staatlichen Berufsschule Regen mit Außenstelle in Viechtach werden Berufsintegrationsvorklassen in kooperativer Form geführt. Für diese Klassen wird ein geeigneter Kooperationspartner gesucht, der in ausreichender Zahl qualifizierte und erfahrene Fachkräfte zur sozialpädagogischen Betreuung sowie pädagogische Fachkräfte stellt. Diese Fachkräfte leisten in enger Zusammenarbeit mit der Schule Integrations- und Bildungsarbeit.

§ 1

Gegenstand des Vertrages; Rangfolge

- (1) Der AN verpflichtet sich, im **Schuljahr 2026/2027** als externer Kooperationspartner das Projekt „Kooperationspartnerschaften für Berufsintegrationsvorklassen (BIKV), (Deutschklassen zur Alphabetisierung (DK-BS-A), Deutschklassen in AnKER-Einrichtungen (DK-BS-AnKER) und die Maßnahme Deutschklassen Flexibel (DK-BS-Flexi)) in Bayern“ durchzuführen. Die Verpflichtung erstreckt sich nach Maßgabe von § 5 Abs. 2 dieses Vertrags¹ auch auf das **Schuljahr 2027/2028** sowie gegebenenfalls zudem auf das **Schuljahr 2028/2029** bzw. auch auf das **Schuljahr 2029/2030**.
- (2) Zielsetzung, Inhalt und Art der Durchführung der Leistungen ergeben sich aus den Bestimmungen dieser Vereinbarung sowie aus den folgenden Unterlagen, die ebenfalls Vertragsbestandteil sind:
 - a) den jeweiligen Leistungsbeschreibungen, inkl. Leistungsanforderungen, und Konkretisierungen,
 - b) den Bewerbungsbedingungen des Vergabeverfahrens, inkl. aller Anhänge und Konkretisierungen,
 - c) den gesamten Vergabeunterlagen,
 - d) dem Angebot des AN nebst allen (gegebenenfalls nachgeforderten bzw. nachgereichten) Unterlagen sowie
 - e) den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) mit Stand vom 05.08.2003 in der jeweils gültigen Fassung.

Bei Widersprüchen oder Unklarheiten innerhalb der Rahmenvereinbarung gelten die Regelungen in der hier aufgeführten Rangfolge.

- (3) Die Geltung Allgemeiner Geschäftsbedingungen des AN ist ausgeschlossen, selbst wenn in Einzelkorrespondenz auf solche hingewiesen wird.

¹ Bei der Angabe von Paragraphen ohne Nennung einer konkreten Rechtsnorm handelt es sich um Querverweise innerhalb dieser Vereinbarung.

§ 2

Art und Umfang der Leistungen

- (1) Der AG bildet in jedem Schuljahr eine feste Anzahl an Berufsintegrationsvorklassen (sog. **Mindestabnahme bzw. Mindestklassen**). Diese Klassen beginnen am ersten Schultag des jeweiligen Schuljahres und enden regulär am letzten Schultag des jeweiligen Schuljahres. Die Leistung umfasst die volle Anzahl an Schulwochen (ohne Ferien) und ergibt sich für das jeweilige Schuljahr aus der bayerischen Ferienordnung².
- (2) Darüber hinaus kann der AG ab dem ersten Unterrichtstag des jeweiligen Schuljahres pro Schulstandort weitere Berufsintegrationsvorklassen bilden (sog. **Bedarfsklassen**). Eine Verpflichtung des AG zur Beauftragung des AN über die Mindestabnahme hinaus besteht nicht. Bedarfsklassen können frühestens am ersten Schultag des Schuljahres und danach - beginnend an einem Montag - bis spätestens zum 20. Oktober gebildet werden und enden regulär am letzten Schultag des jeweiligen Schuljahres. Die Leistung umfasst die Anzahl der Schulwochen (ohne Ferien) vom Beginn der Beauftragung an und ergibt sich für das jeweilige Schuljahr aus der bayerischen Ferienordnung².
- (3) Ergänzend zu Mindest- und Bedarfsklassen können **DK-BS-Flexi-Klassen** während des Schuljahres gebildet werden. Diese werden im Bedarfsfall am ersten Schultag nach den Weihnachtsferien und/oder mit Beginn des zweiten Schulhalbjahres gebildet und enden regulär am letzten Schultag des jeweiligen Schuljahres. Die Leistung umfasst die Anzahl der Schulwochen (ohne Ferien) vom Beginn der Beauftragung an und ergibt sich für das jeweilige Schuljahr aus der bayerischen Ferienordnung². Eine Verpflichtung des AG zur Beauftragung des AN über die Mindestabnahme hinaus besteht nicht.
- (4) Die für die unter Abs. 1 bis 3 genannten Leistungszeiträume jeweils vereinbarten sozialpädagogischen Betreuungsstunden (12 bis 17 Stunden x Anzahl beauftragte Schulwochen) können bedarfsgerecht auch in der Ferienzeit erbracht werden.
- (5) Der AN sichert mit Abgabe seines Angebots zu, dass er sämtliche benannten Klassenarten bei Bedarf beschulen kann und in vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) genehmigten Einzelfällen zur Durchführung einer Wechselbeschulung nach den Vorgaben der jeweiligen Leistungsbeschreibung bereit ist.
- (6) Der AN verpflichtet sich, für die nach Abs. 1 bis Abs. 3 gebildeten Klassen die nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung benötigten Arbeitskräfte zu stellen und zu entlohnen (vgl. § 9 Abs. 1). Die konkret zu leistenden Unterrichts- und Betreuungsstunden ergeben sich **aus dem Anhang**.

§ 3

Klassenbildung und -beauftragung

- (1) Dem AN wird eine Mindestklassenanzahl nach § 2 Abs. 1 zugesichert. Für diese erhält der AN spätestens sechs Wochen vor dem ersten Schultag des betreffenden Schuljahres per E-Mail eine verbindliche Beauftragung durch den AG über die zu Schuljahresbeginn einzurichtenden Klassenarten.

² s. Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus über die Ferienordnung und schulfreie Samstage für die Schuljahre 2024/2025 bis 2029/2030 vom 07. Dezember 2022 (BayMBI Nr. 747)

- (2) Im Falle der Bildung von Bedarfsklassen nach § 2 Abs. 2 erhält der AN mindestens 14 Kalendertage vor dem Starttermin (vgl. § 2 Abs. 2 Satz 3) per E-Mail eine verbindliche Beauftragung durch den AG. Der Starttermin und die benötigte Klassenart werden durch die Vergabestelle in Absprache mit der Schule festgelegt. Mit der Beauftragung nach Satz 1 wird die Laufzeit der Bedarfsklasse verbindlich festgelegt (vgl. § 2 Abs. 2).
- (3) Bei Bildung von DK-BS-Flexi-Klassen nach § 2 Abs. 3 erhält der AN mindestens 45 Kalendertage vor deren Einrichtung per E-Mail eine verbindliche Beauftragung durch den AG. Im beiderseitigen Einvernehmen zwischen Schule und AN ist auch ein kürzerer Zeitraum zwischen Beauftragung und Einrichtung der Klasse möglich. Mit der Beauftragung nach Satz 1 wird die Laufzeit der DK-BS-Flexi-Klasse verbindlich festgelegt (vgl. § 2 Abs. 3).
- (4) Übt der AG die Option nach § 5 Abs. 2 aus, werden die Klassen nach Abs. 1 bis 3 für jedes Schuljahr gesondert beauftragt.
- (5) Der AN verpflichtet sich, den Eingang jeder erhaltenen Beauftragung gegenüber der Vergabestelle innerhalb von drei Arbeitstagen per E-Mail an vergabestelle@lra.landkreis-regen.de zu bestätigen.

§ 4

Vergütung

- (1) Die angebotenen Stundensätze umfassen sämtliche anfallende Kosten des AN. Dies sind insbesondere Personalkosten. Zu den Personalkosten zählen unter anderem auch Fahrtkosten sowie der Zeitaufwand für die Erstellung von Unterrichtskonzepten, die Vor- und Nachbereitung der Stunden, die Abstimmung mit der Schule (eine Stunde pro Woche und pädagogischer Fachkraft bzw. Fachkraft zur sozialpädagogischen Betreuung) und allgemeine Verwaltungsaufgaben. Eine gesonderte Vergütung für die Vor- und Nachbereitung, für Fahrzeiten, Fortbildungen und ähnliche Tätigkeiten erfolgt nicht.
- (2) Der Abrechnung zugrunde gelegt werden ausschließlich die tatsächlich geleisteten Unterrichts- und Betreuungszeiten. Über den vertraglich vereinbarten Umfang hinausgehend geleistete Unterrichts- und Betreuungszeiten werden nicht vergütet.
- (3) In den angebotenen Stundensätzen berücksichtigt der AN, dass zur Ermittlung des Gesamtpreises pro Klasse und Schuljahr - ungeachtet der tatsächlichen Laufzeit - als maximale Laufzeit für Mindest- und Bedarfsklassen ein kalkulatorischer Wert von 38 Wochen á 5 Leistungstagen (= 190 Leistungstage) (bzw. für DK-BS-Flexi-Klassen von 24 Wochen á 5 Leistungstagen (= 120 Leistungstage)) zugrunde gelegt wird. Bei tatsächlich längeren Laufzeiten wird der angebotene Gesamtpreis nicht erhöht.
- (4) Bei einem späteren Start von Bedarfs- und/oder DK-BS-Flexi-Klassen wird der angebotene Gesamtpreis anteilig pro Woche, welche die Klasse später startet, bei Bedarfsklassen um 1/38 bzw. bei DK-BS-Flexi-Klassen um 1/24 gekürzt.
- (5) Der AG leistet für die unter § 2 Abs. 1 und 2 benannten Klassen Abschlagszahlungen zum 01.12., 01.03. und 01.06. des jeweiligen Schuljahres in Höhe von jeweils $\frac{1}{4}$ der beauftragten und vorläufigen Gesamtauftragssumme.
- (6) Für die unter § 2 Abs. 3 benannten DK-BS-Flexi-Klassen erfolgt eine Abschlagszahlung in Höhe von $\frac{1}{2}$ der geplanten und vorläufigen Gesamtsumme nach der Hälfte der Laufzeit.

- (7) Werden Klassen nachträglich gebildet, werden diese entsprechend Abs. 2 bis 4 gesondert berechnet und erhöhen die Abschlagszahlungen und Gesamtauftragssumme.
- (8) Nach Beendigung der Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 1 bis 3 erfolgt die Auszahlung der Schlussrate. Nicht geleistete Stunden bzw. Unterrichtseinheiten werden zum vereinbarten Stundensatz von der Schlusszahlung in Abzug gebracht, es sei denn, die nicht erbrachte Leistung ist vom AN nicht zu vertreten. Die Zahlung erfolgt binnen 45 Arbeitstagen nach Vorlage der vollständigen Unterlagen gemäß § 11 Abs. 2 und 3 dieser Vereinbarung.
- (9) Preisanpassungen sind für die gesamte Laufzeit der Rahmenvereinbarung (vgl. § 5) ausgeschlossen.
- (10) Die Vergütungsforderung kann nur mit Zustimmung des AG an Dritte abgetreten werden.
- (11) Auf Anforderung des AG ist die Angebotskalkulation zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Angebots vorzulegen.

§ 5

Laufzeit der Kooperationspartnerschaft

- (1) Die Kooperationspartnerschaft beginnt mit dem Zuschlag. Die Laufzeit beträgt zunächst ein Schuljahr.
- (2) Die Kooperationspartnerschaft verlängert sich jeweils um ein weiteres Schuljahr, wenn sie nicht bis zum 31.03. des laufenden Schuljahres durch den AG schriftlich oder per E-Mail formlos gekündigt wird. Maximal drei Verlängerungen sind möglich. Die Kooperationspartnerschaft endet somit unter Berücksichtigung aller Vertragsverlängerungen spätestens mit Ablauf des Schuljahres 2029/2030.
- (3) Es gilt die Ferienordnung² des Freistaats Bayern.

§ 6

Mitwirkung am digitalen Verfahren

Der AN verpflichtet sich, am digitalen Verfahren der Vergabestelle teilzunehmen. Die gesamte Abwicklung des Verfahrens findet über das Deutsche Vergabeportal (DTVP) statt, auch wenn in dieser Rahmenvereinbarung abweichende Regelungen enthalten sind.

§ 7

Personal

- (1) Der AN verpflichtet sich, nur fachkundiges und zuverlässiges Personal unter Beachtung aller gesetzlichen Bestimmungen sowie den in der Leistungsbeschreibung festgelegten Eigenschaften einzusetzen; Art. 59 Abs. 2 Satz 3 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) findet entsprechende Anwendung.
- (2) Der AN hat durch organisatorische Maßnahmen (z. B. Stellung von Ersatzkräften) sicherzustellen, dass durch Personalausfälle die Unterrichts- bzw. Betreuungsleistung nicht beeinträchtigt wird.

§ 8

Weisungsrecht der Schulleitung, Hausordnung

- (1) Der Schulleitung steht im Rahmen ihrer dienstlichen Zuständigkeiten und Befugnisse für die Berufsintegrationsvorklassen (und Deutschklassen) ein Weisungsrecht gegenüber dem AN zu. Die Ausübung des Weisungsrechtes erfolgt im Rahmen dieses Kooperationsvertrages und der darin bestimmten Pflichten des AN. Das arbeitsrechtliche Direktionsrecht des AN gegenüber seinem Personal bleibt davon unberührt. Das Weisungsrecht der Schulleitung ist gegenüber dem rechtlichen Vertreter des AN auszuüben. Die Ausübung des Weisungsrechtes kann durch die Schulleitung auf Lehrkräfte der Schule übertragen werden.
- (2) Der AN und sein eingesetztes Personal haben die Hausordnung der jeweiligen Schule zu beachten und insbesondere den Sicherheitshinweisen und -aufforderungen des zuständigen örtlich eingesetzten Personals nachzukommen.
- (3) Der Unterricht findet i. d. R. in den Räumlichkeiten der Schule statt. Für die sozialpädagogische Betreuung während der Ferienzeit stehen die Räumlichkeiten der Schule nur im Einvernehmen mit der Schule zur Verfügung.

§ 9

Vertragsausführung

- (1) Der AN hat alle geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten, die arbeitsschutzrechtlichen Regelungen einzuhalten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens ein Arbeitsentgelt zu gewähren, das deren wirtschaftliche Stellung angemessen sichert.
- (2) Für die im Rahmen der Mindestabnahme zu betreuenden Klassen legt der AN der Schulleitung spätestens sieben Kalendertage vor Tätigkeitsbeginn für alle pädagogischen und weiteren Fachkräfte sämtliche Nachweise über die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor. Hierzu zählen insbesondere entsprechende **Ausbildungs- oder Studiennachweise, aktuelle erweiterte Führungszeugnisse** (nicht älter als drei Monate) gemäß § 30a BZRG sowie – soweit erforderlich – eine Bescheinigung über die Erfüllung der Anforderungen nach dem *Gesetz für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz)*. Für später eingerichtete Bedarfs- und/oder Flexi-Klassen sind die Nachweise spätestens am ersten Tag der Beschulung zu erbringen. Gleiches gilt im Falle eines personellen Wechsels. Die Schulleitung prüft die Vollständigkeit und den Inhalt der vorgelegten Unterlagen, insbesondere des erweiterten Führungszeugnisses, und fertigt hierzu einen Prüfvermerk, der von der Schulleitung zu den Akten zu nehmen ist. Die Unterlagen werden unverzüglich nach der Prüfung durch die Schulleitung an den AN zurückgegeben. Art. 60a Abs. 2 und 3 BayEUG finden entsprechend Anwendung. Änderungen teilt der AN der Schulleitung unverzüglich mit.
- (3) Der AN stellt die Personalentwicklung seiner Fachkräfte durch zielführende Maßnahmen (z. B. Mitarbeitergespräche, Fortbildungen, usw.) sicher.

§ 10

Allgemeine Leistungspflichten

- (1) Der AN benennt dem AG unmittelbar nach Vertragsschluss den/die Ansprechpartner/in für fachliche und/oder vertragliche Angelegenheiten inkl. Kontaktdaten (Name, dienstliche Anschrift, dienstliche E-Mail-Adresse und Telefonnummer). Der AN hat die Erreichbarkeit der genannten Ansprechperson(en) per E-Mail während der gesamten Laufzeit der Kooperation sicherzustellen und Änderungen unverzüglich mitzuteilen.
- (2) Der AN wahrt die Interessen der Schule. Er verpflichtet sich, die ihm übertragene Aufsichtspflicht sorgfältig und gewissenhaft wahrzunehmen und durch organisatorische Vorkehrungen und Anordnungen eine durchgehende Aufsicht durch geeignete Kräfte zu gewährleisten.
- (3) Der AN ist verpflichtet, für sein Personal eine Haftpflichtversicherung mit Deckungssummen je Schadensfall von mindestens 2.500.000,00 EUR für Personenschäden, 500.000,00 EUR für Sachschäden, 500.000,00 EUR für Vermögensschäden, 250.000,00 EUR für Bearbeitungsschäden und 100.000,00 EUR für Schlüsselverlust bzw. Verlust von Zugangskarten abzuschließen und während der Vertragsdauer aufrechtzuerhalten.
- (4) Der AN schließt eine Haftpflichtversicherung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Berufsintegrationsvorklassen während der Praktikumszeiten bzw. Werkstatttage ab, um gegebenenfalls Schadensersatzansprüche von Praktikumsbetrieben versicherungstechnisch abzusichern.
- (5) Der AN verpflichtet sich als Verantwortlicher im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO, die jeweils gültigen datenschutzrechtlichen Anforderungen (insbesondere aus DSGVO, BDSG und BayDSG) einzuhalten. Er gewährleistet, dass sich die zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten befugten Beschäftigten zur Verschwiegenheit verpflichtet haben bzw. einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitserklärung unterliegen. Der AN stellt sicher, dass seine Beschäftigten eine entsprechende schriftliche Erklärung, die seitens der Schule zur Verfügung gestellt wird und dort verbleibt, unterzeichnen.
- (6) Der AN stellt sicher, dass seine Beschäftigten zum einen eine Verschwiegenheitserklärung unterzeichnen, die bei der Schule verbleibt und zum anderen die Beschäftigten des AN von der Schule nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet werden.
- (7) Sofern sich nach Vertragsschluss herausstellt, dass eine beauftragte Klasse (z. B. mangels Schülerzahl) nicht eingerichtet werden kann, hat der AN dies dem AG unverzüglich, spätestens jedoch zwei Wochen nach seiner Kenntniserlangung, mitzuteilen.

§ 11

Dokumentationspflicht

- (1) Der AN reicht beim AG per E-Mail (vergabestelle@lra.landkreis-regen.de) unaufgefordert jeweils bis zum 15.03. (für das 1. Schulhalbjahr) bzw. bis zum 15.08. (für das 2. Schulhalbjahr) eines jeden Jahres einen Stundennachweis ein. Pro Klasse ist ein Nachweis zu führen. Auf diesem bestätigt der AN mit Unterschrift, dass die im Stundennachweis angegebenen Unterrichts- bzw. Betreuungseinheiten tatsächlich erbracht wurden. Die Stundennachweise sind der Schulleitung zur Kontrolle vorzulegen. Außerdem ist die Unterschrift der Schulleitung zur Bestätigung der darin

gemachten Angaben einzuholen. Nachträgliche Korrekturen werden nur mit erneuter Unterschrift der Schulleitung und nur bis zur Auszahlung der Schlusszahlung berücksichtigt.

- (2) Der AN legt nach Abschluss der Maßnahmen, jedoch bis spätestens 15.10. des jeweiligen Jahres, dem AG,
 - 1.) eine **Schlussrechnung** (formlos) sowie
 - 2.) je Klassenart einen **Abschlussbericht** mit den für die jeweilige Klassenart **erforderlichen Anlagen** vor.

Die o. g. Unterlagen sind gesammelt vorzulegen.

Die Abschlussdokumente sind der Schulleitung zur Prüfung vorzulegen sowie deren Unterschrift als Bestätigung dafür einzuholen, dass die Vertragsleistungen ordnungsgemäß erbracht worden sind.

- (3) Der AN führt während der Laufzeit der Beschulung kontinuierlich Aufzeichnungen über geleistete Unterrichts- und Betreuungsstunden sowie ggf. Fehlzeiten (z. B. wegen Krankheit, Schließtagen der Schule, usw.) und Entwicklung der Schülerzahlen. Dies ermöglicht, dass auch nach Beendigung der Maßnahme oder bei Personalwechsel die Leistungen des AN nachvollzogen werden können und die geforderten Angaben für die Stundennachweise und den Abschlussbericht zur Verfügung stehen.

§ 12

Kontrollen

- (1) Der AG behält sich vor, während der Vertragslaufzeit Qualitätskontrollen durchzuführen. Der AN legt dem AG die zum Nachweis der Einhaltung der vertraglichen Regelungen, einschließlich Leistungsbeschreibung, erforderlichen Unterlagen auf Verlangen vor.
- (2) Der AN verpflichtet sich, Kontrollen in den Räumlichkeiten der Schule im Rahmen des Projekts von Prüfungsorganen des Freistaats Bayern oder des Bundes sowie der zuständigen Schulaufsicht bzw. deren Beauftragten zuzulassen und zu unterstützen.

§ 13

Umwidmung von Klassen, Vertragsbeendigung und Leistungsstörungen

- (1) Abweichend von der Beauftragung ist die Beschulung einer anderen Klassenart (Umwidmung) möglich, wenn am betreffenden Schulstandort beide Klassenarten Gegenstand des Leistungsverzeichnisses im Rahmen dieser Ausschreibung waren und AN sowie AG der Umwidmung im Vorfeld per E-Mail zustimmen. Für die neu zu beschulende Klassenart gelten die Stundenauswahl und die angebotenen Stundensätze aus dem Leistungsverzeichnis im Rahmen der Ausschreibung.
- (2) Der Vertrag kann nur außerordentlich aus wichtigem Grund gem. § 626 BGB gekündigt werden. Eine ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen.
- (3) Bei vorzeitiger Vertragsbeendigung wird die Vergütung stichtagsmäßig zum Tag der Vertragsbeendigung nach der vom AN bis zu diesem Stichtag tatsächlich erbrachten ordnungsgemäßen Leistung abgerechnet. Dabei werden die vom AN im Angebot pro pädagogischer Fachkraft bzw. Fachkraft zur sozialpädagogischen Betreuung angegebenen Stundensätze zugrunde gelegt.

§ 14

Vertragsstrafen

- (1) Kommt es zu einer durch den AN schuldhaft verursachten Überschreitung der Termine nach § 11 Abs. 1 und 2 dieses Vertrags, hat er eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,15 % der Schlussrate pro überschrittenem Arbeitstag zu zahlen.
- (2) Vereinbaren AN und AG anstelle der ursprünglichen verbindlichen Termine nachträglich andere Zeitpunkte, so gilt die Vertragsstrafenregelung gemäß Abs. 1 auch für die dann neu vereinbarten Termine.
- (3) Die nach Abs. 1 anfallende Vertragsstrafe ist der Höhe nach – unabhängig von der Dauer der Fristüberschreitung – auf höchstens 5,00 % der Schlussrate begrenzt.
- (4) Der AG ist berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 2,00 % der Schlussrate einzubehalten, wenn der AN den Stundennachweis gemäß § 11 Abs. 1 dieses Vertrags nicht ordnungsgemäß (z. B. unvollständige oder unkorrekte Angaben) führt.
- (5) Kann der AN aus von ihm selbst zu vertretenden Gründen eine beauftragte Klasse nicht beschulen und betreuen, ist der AG berechtigt, für die ausbleibende Leistung eine Vertragsstrafe i. H. v. bis zu 3.000,00 € zu erheben.

§ 15

Auftragserweiterung über Mindestklassen und Bedarfsklassen hinaus

- (1) Sofern sich nach Vertragsschluss ein dringend benötigter zusätzlicher Beschulungsbedarf ergibt, kann der AG im Einvernehmen mit dem AN weitere Klassen beauftragen. Eine Verpflichtung des AG zur Beauftragung des AN besteht nicht. Die zusätzlich vereinbarte Leistung entspricht dabei dem Gegenstand des ursprünglich zugrundeliegenden Vergabeverfahrens und der damit verbundenen Vergabeunterlagen.
- (2) Für jeden Schulstandort können im jeweiligen Schuljahr bis zu zwei zusätzliche Klassen gebildet werden. Die Klassenart der zusätzlichen Klassen bestimmt sich nach dem ursprünglichen Vergabeverfahren und den zugrundeliegenden Leistungsbeschreibungen. Diese Klassen können frühestens am ersten Schultag des Schuljahres jeweils mit Beginn am Montag bis spätestens 20. Oktober gebildet werden und enden regulär am letzten Schultag des jeweiligen Schuljahres.
- (3) Eine Auftragserweiterung kann nur mit dem AN erfolgen, der bereits im Rahmen des ursprünglichen Vergabeverfahrens den Zuschlag erhalten hat. Das Zustandekommen der Auftragserweiterung und die Festsetzung des finalen Umfangs (begrenzt durch Abs. 1 und 2) bedarf der schriftlichen Zustimmung des AN und des AG.
- (4) Die Leistung von Abschlagszahlungen für die zusätzlichen Klassen wird in Abhängigkeit von Laufzeit und Umfang individuell vereinbart und mit der Beauftragung verbindlich festgelegt.
- (5) Nach Abs. 1 beauftragte Klassen sind nicht Gegenstand einer etwaigen Vertragsverlängerung gem. § 5 Abs. 2.

§ 16

Schriftformklausel

Jegliche Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel.

§ 17

Schlussbestimmungen

- (1) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder unwirksam werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.
- (2) Die Vertragspartner werden jedoch unwirksame oder undurchführbare Bestimmungen unverzüglich durch solche Vereinbarungen ersetzen, die dem Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen im Sinne der Ziele dieses Vertrags (vgl. „Zielsetzung“ gem. Leistungsbeschreibung der jeweiligen Klassenform) am nächsten kommen.
- (3) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.